



Um was geht es?

Die Europäische Union fordert die «institutionelle Anbindung» der Schweiz. Das heisst, die Schweiz muss EU-Recht «eins-zu-eins» übernehmen und das EU-Gericht (EuGH) als letzte Instanz bei Streitfragen akzeptieren. [Artikel 1, 4, 5, Präambel]

Alle vorhandenen und zukünftigen Abkommen, die den Zugang zum EU-Binnenmarkt regeln, sollen einem Rahmenabkommen unterstellt werden: Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse und Landwirtschaft. Später zwingend: Freihandelsabkommen von 1972. In der Warteschlange: Energie- und Dienstleistungsabkommen. [Artikel 2]

Die EU droht, ohne diese Anbindung werde der Zugang zum EU-Binnenmarkt erschwert oder sogar gekündigt. Der «bilaterale Weg» könne nur nach EU-Regeln fortgesetzt werden. [Brief Kommissionspräsident Barroso vom 18.12.2012]

Am 8. Dezember 2018 hat der Bundesrat den Entwurf für das EU-Rahmenabkommen vorgestellt. Es soll die institutionelle Anbindung – deshalb auch institutionelles Abkommen (Abkürzung: InstA) genannt – vollziehen. [www.eda.admin.ch -> Dossier Institutionelles Abkommen]

Das Abkommen besteht aus 22 Artikeln, aus Protokollen und Gemeinsamen Erklärungen im Anhang. [www.eda.admin.ch -> Dossier Institutionelles Abkommen]

Aus Sicht der unabhängigen und direkt-demokratischen Schweiz ist der Entwurf vom 8. Dezember 2018 ein «No-Go».

Die Schweiz droht politisch zum Satelliten und wirtschaftlich zur Kolonie der EU zu werden.

Wichtige Dokumente auf: www.auns.ch: Dossier Rahmenabkommen



«Für wie blöd hält man uns!»

In der Präambel (feierliche Erklärung) des Rahmenabkommens steht theatralisch: «**ENTSCHLOSSEN**, die Beteiligung der Schweiz am Binnenmarkt der EU auf der Basis derselben Regeln, die für den Binnenmarkt gelten, zu stärken und zu vertiefen, **unter Wahrung der Unabhängigkeit der Vertragsparteien sowie jener ihrer Institutionen und – in Bezug auf die Schweiz – unter Wahrung der Grundsätze der direkten Demokratie und des Föderalismus.**»

Diese fett bezeichnete Aussage ist ein Hohn. Denn mit dem Rahmenabkommen hat Brüssel die Schweiz im Würgegriff. Guillotineklause und EU-Gerichtshof werden uns und unsere direkte Demokratie nach Belieben unter Druck setzen, bedrohen und erpressen können. Wir werden zur Marionette.

Die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) setzt sich seit 1986 für eine eigenständige, selbstbestimmte, direkt-demokratische und neutrale Schweiz ein.

AUNS
ASIN
ASNI
auns.ch

GILETS
ROUGES
gilets-rouges.ch

Der bilaterale Weg wäre beendet. Denn wenn «eine Vertragspartei» die Regeln bestimmt und dazu noch den Schiedsrichter stellt, ist es vorbei mit gleichberechtigten Partnern und «Zweiseitigkeit».

Dass Brüssel nicht vor Erpressungen zurückschreckt, zeigt die Nichtanerkennung der Schweizer Börse im EU-Raum. Zwar schadet das der Schweiz nicht. Aber der undemokratische Umgang der EU-Eliten mit nicht «folgsamen» Staaten (vgl. Grossbritannien!) wird sichtbar.

Deshalb muss das Rahmenabkommen vom 8. Dezember 2018 abgelehnt werden.

Machen Sie mit: Werden Sie Mitglied!
AUNS, Postfach, 3000 Bern 31
Tel. 031 356 27 27
info@auns.ch
www.auns.ch
www.gilets-rouges.ch

Dringende Spenden auf:
Postcheckkonto 30-10011-5
IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

Immer weniger Schweiz? Nein zum EU-Rahmenabkommen!



AUNS
ASIN
ASNI
auns.ch

GILETS
ROUGES
gilets-rouges.ch



Argument 1

«Dynamische Rechtsübernahme»

Es geht ausschliesslich um die Übernahme von EU-Recht.

EU-Recht hebt unsere Gesetzgebung aus. Das betrifft: den Föderalismus, die Sozialversicherungen, die Subventionen, die Steuern, die Zuwanderung, die Löhne, den Umwelt- und Tierschutz, den Verkehr, die Energie. Und wir wissen heute nicht, was alles noch kommt – wir kaufen buchstäblich die Katze im Sack.

Das Abkommen spricht zwar nicht von einer «automatischen», aber von einer «dynamischen» Übernahme von EU-Recht. Tönt gut. Bei neuen EU-Gesetzen dürfen wir sogar mitdiskutieren, mitentscheiden aber nicht. [Art. 12] Neues EU-Recht müsste umgehend in die schweizerische Gesetzgebung einfließen. [Art. 13] Die EU gewährt etwas Zeit, damit zum Beispiel noch ein Referendum zum neuen EU-Recht durchgeführt werden könnte. [Art. 14]

Wenn aber aufgrund eines direkt-demokratischen Entscheides die Übernahme von EU-Recht abgelehnt wird, spricht die EU Strafen aus!



Argument 2

«Super-Guillotine-Klausel»

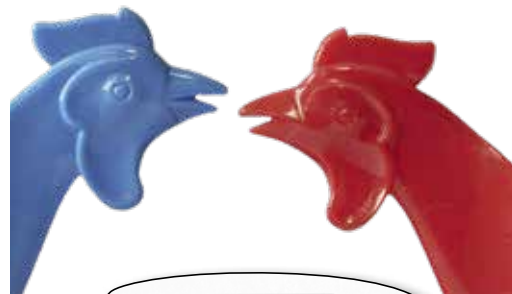
Die Schweiz wird endgültig erpressbar.

Artikel 22 des Abkommens definiert eine «Guillotineklausel». Wenn die Schweiz nicht den Vorgaben Brüssels entspricht, werden in letzter Konsequenz gekündigt

1. das betroffene bilaterale Abkommen,
2. das ganze Rahmenabkommen selber,
3. alle bilateralen Marktzugangsabkommen.

Damit werden wir endgültig erpressbar und geben die direkte Demokratie auf.

Unser direkt-demokratisches System mit dem Bürger als Souverän und dem letzten Wort beim Bürger verträgt sich schlicht und einfach nicht mit der dynamischen Rechtsübernahme.



Argument 3

«Streitbeilegung»

Diktat statt Lösungen. Der EuGH hat das letzte Wort.

Abkommen können zu Streit führen. Heute werden Schwierigkeiten zwischen der Schweiz und der EU in «Gemischten Ausschüssen» diskutiert. Vertreter der Bundesverwaltung und der EU-Kommission suchen nach Lösungen. Das funktioniert gut.

Das Rahmenabkommen sieht vor, wenn die Gemischten Ausschüsse keine Lösungen finden, ein Schiedsgericht einzusetzen. Dieses besteht aus je der gleichen Zahl von Schiedsrichtern, die von der Schweiz und der EU ernannt werden.

Wenn aber EU-Recht betroffen ist, und das ist meistens der Fall, muss das Schiedsgericht den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg um seine Meinung (Auslegung) anfragen. Diese Meinung ist für alle verbindlich. Das heisst, der EuGH hat so oder so das letzte Wort. [Artikel 9,10]



Argument 4

«Personenfreizügigkeit»

Der Druck auf unsere Sozialversicherungen nimmt massiv zu.

Erläss von EU-Recht, welches für ein bilaterales Abkommen relevant ist (z.B. UBRL)

Gemischter Ausschuss (GA)

Quelle Graphik: [Erläuterungen zum Insta CH-EU (S.17), Bundesrat, 16.01.2019]

Die EU will, dass die Schweiz die «Unionsbürgerrichtlinie (UBRL)» übernimmt:

- Dauerndes Bleiberecht für EU-Angehörige nach 5 Jahren (statt 10).
- Voller Zugang zu unseren Sozialversicherungen.
- Keine Ausschaffung von straffälligen EU-Angehörigen.

Für die EU ist die UBRL zwingender Bestandteil der Freizügigkeit. Bern war bis jetzt anderer Meinung. Deshalb wird die UBRL im Rahmenabkommen nicht erwähnt. Das heisst aber nichts! Pikant ist, dass der Bundesrat die UBRL als Beispiel für die «dynamische Rechtsübernahme» zitiert (vgl. Grafik oben). Er rechnet also damit, dass nach Inkrafttreten des Abkommens der Europäische Gerichtshof die Übernahme durchsetzen wird.

Für unsere Sozialwerke ist das eine ernsthafte Bedrohung. Für Schweizer Arbeitnehmende – besonders für über 50-Jährige – und für unsere Sozialwerke ist das eine ernsthafte Bedrohung.



Argument 5

«Die Rolle des EuGH»

Die Schweiz spielt keine Rolle. EU-Recht steht über nationalem Recht.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist das Rechtsprechungsorgan der EU. Die Hauptaufgabe ist, die einheitliche Auslegung und Anwendung des EU-Rechts zu garantieren. Der EuGH setzt den Vorrang des EU-Rechts vor dem nationalen Recht durch. [<https://curia.europa.eu>]

Für uns als Nicht-EU-Mitglied heisst das: «fremde Richter» bestimmen unsere Gesetzgebung und unsere direkte Demokratie. Der EuGH kann die Interessen der Schweiz und ihrer Bevölkerung nicht verteidigen.

Die Wirtschaftsverbände und EU-nahe Bundesratsparteien behaupten, das Abkommen bringe mehr Rechtssicherheit. Aber für wen? Wenn die EU via Gericht alles bestimmt, dann verlieren wir (!) an Rechtssicherheit.



Argument 6

«Freihandelsabkommen»

Unser Freihandelsabkommen wird dem Rahmenabkommen unterstellt.

Das wichtige Freihandelsabkommen von 1972 sichert der Schweiz und der EU den gegenseitigen Marktzugang.

Die EU fordert, das Freihandelsabkommen ebenfalls dem Regime des Rahmenabkommens zu unterstellen.

Die EU will die komplette Gleichschaltung unserer Sozialversicherungen und Subventionspolitik mit EU-Recht.

Subventionen (in EU-Sprache «staatliche Beihilfen») werden als wettbewerbsverzerrend beurteilt. Aber für die Schweiz bedeutet das den Verlust der eigenständigen Subventionspolitik.

Die Schweiz verliert ihre bewährte Subventionspolitik zugunsten schwächerer Regionen, die Kantone werden entmachtet, der Föderalismus – «von unten nach oben» – im Kern zerstört.

Wenn das Freihandelsabkommen einmal dem Rahmenabkommen unterstellt ist, wird die «Guillotineklausel» auch hier zuschlagen. Damit verlieren wir jede Handlungsfreiheit.